



Demokratische
Juristinnen und Juristen
Zürich

Jahresbericht der DJZ 2019

Mitglieder

Im Jahr 2019 traten 35 Neumitglieder den DJZ bei. 20 Mitglieder traten aus dem Verein aus und 3 Personen wurden wegen Nichtbezahlung des Mitgliederbeitrags ausgeschlossen. Zudem verstarben mit Ursula Brunner und Gabriele Gisler im Jahr 2019 gleich zwei langjährige, engagierte DJZ-Mitglieder.

Per Ende Jahr zählten die DJZ 383 Mitglieder.

Veranstaltungen

Infoveranstaltung zur Anwaltsprüfung am 23. Januar 2019

Am 23. Januar 2019 fand die regelmässig von den DJZ zusammen mit dem Zürcher Auditoren und Gerichtsschreiber Verein (ZAG) organisierte Infoveranstaltung zur Anwaltsprüfung statt. Die Veranstaltung bot AnwaltsprüfungskandidatInnen Gelegenheit, sich bei Mitgliedern der Anwaltsprüfungskommission über Inhalt und Ablauf der Prüfungen zu informieren.

Dos and Don'ts bei Scheidungskonventionen am 28. März 2019

Ende März fand im Restaurant Certo eine Veranstaltung zum Thema der Ausarbeitung von Scheidungsvereinbarungen statt. Es referierten Rechtsanwältin Barbara Laur und Rechtsanwältin Elisabeth Schönbucher Adjani, Co-Leiterin ZAV-Fachgruppe Familienrecht. Beide sind zudem auch Mitglied bei den DJZ. Die Veranstaltung, die sich an AllgemeinpraktikerInnen richtete, zeigte auf, wie man bei der Verhandlung und Redaktion von Scheidungsvereinbarungen mögliche Hürden nimmt sowie Fehler vermeidet.

Jahresversammlung am 9. April 2019

Im April fand im Restaurant Certo die DJZ-Jahresversammlung statt. Im Anschluss an den statutarischen Teil hielt Kos M. Walder, Master of Science ETH in Informatik ein Referat zum Thema «Digitale Forensik, insbesondere: Hinterlassen von Spuren und Sicherheit der Geräte». Er zeigte dabei auf, welche Erkenntnisse aus digitalen Datenträgern – oft wichtige Beweismittel in Strafuntersuchungen – gewonnen werden können und wie auch wir in ganz alltäglichen Situationen unsere digitalen Spuren hinterlassen.

Prozessieren in Strassburg am 19. Juni 2019

Am 19. Juni 2019 referierten Rechtsanwältin Fanny de Weck und Rechtsanwalt Jürg Oskar Luginbühl über den «Gang nach Strassburg» an den EGMR.

Jürg Oskar Luginbühl erläuterte dabei zunächst die Tücken einer EGMR-Beschwerde insbesondere vor dem Hintergrund der VO EGMR. Anschliessend folgten Ausführungen zum internationalen Arbeitsrecht, insbesondere im Zusammenhang mit der EMRK.

Fanny de Weck ging einleitend auf formelle Fragen und Probleme bei der Beschwerdeerhebung ein und kam im zweiten Teil ihres Referats auf die EGMR-Praxis im Ausländerbereich zu sprechen, namentlich zur Wegweisungsthematik unter Art. 8 EMRK.

Kriminalisierung von Fluchthilfe am 19. September 2019

Während FluchthelferInnen, die sich zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs engagierten und deswegen verurteilt wurden, mittlerweile Rehabilitierung erfahren haben, werden FluchthelferInnen der Gegenwart wie Anni Lanz oder Lisa Bosia Mirra kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt.

Um diese politisch extrem stossende Situation ging es bei der Veranstaltung, welche die DJZ in Zusammenarbeit mit der AG Recht der Autonomen Schule Zürich organisierten. Es referierte Rechtsanwalt Markus Husmann, welcher Einblick in die strafrechtliche Verfolgungspraxis der Behörden gab.

Übrigens: Am Mittwoch, 4. Dezember 2019 wurde die von Solidarité sans frontières lancierte und von den DJS unterstützte Petition «Solidarität ist kein Verbrechen» eingereicht. Gefordert wird eine Anpassung von Art. 116 AIG, damit Fluchthilfe und Hilfeleistungen an Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung, aus denen kein Gewinn gezogen wird, nicht mehr bestraft werden.

Sommerfest am 20. September 2019

Das alljährliche DJZ-Sommerfest fand Mitte September im Restaurant Zeughaushof auf dem Kasernenareal statt. Das Restaurant ist Teil des Vereins HOP! Züri, dessen Ziel die Wiedereingliederung von ehemals Erwerbslosen ist. Die wie immer zahlreich anwesenden Mitglieder genossen ein gutes Essen in sehr angenehmer Atmosphäre.

Rundgänge im FOR am 12. November und 4. Dezember 2019

Im November fand ein von den DJZ organisierter Rundgang im Forensischen Institut Zürich (FOR) statt. Nach einer kurzen Einführung erhielten die Teilnehmenden Einblick in die Bereiche des kriminaltechnischen Einsatzdienstes (z.B. Sicherstellung von DNA oder Fingerabdrücken), der visuellen Personenerkennung, der Schusswaffen/Ballistik sowie der Ausweisprüfung.

Der Rundgang stiess auf so reges Interesse, dass am 4. Dezember 2019 ein zweiter Rundgang durchgeführt wurde.

Runder Tisch mit DJZ-Frauen am 12. November 2019

Am 12. November 2019 diskutierten einige Frauen der DJZ zusammen mit den Vorstandsmitgliedern Selina Sigerist und Julia Heer die Grundsatzfrage, was 2019 – also im Jahr des zweiten nationalen Frauen*streiks – eine linke, feministische Juristin ausmacht.

Die Teilnehmerinnen waren sich einig, dass die Diskussion um solch grundsätzliche und wichtige Fragen innerhalb der DJZ auch weiterhin geführt werden muss.

Vernehmlassungen

Vernehmlassung zur Totalrevision des Kantonalen Bürgerrechtsgesetzes

Die DJZ beteiligten sich mit Eingabe vom 30. September 2019 an der Vernehmlassung zur Totalrevision des Kantonalen Bürgerrechtsgesetzes. Angesichts der bereits äusserst restriktiven bundesrechtlichen Vorschriften im BÜG und namentlich in der BÜV sprachen sich die DJZ gegen jede Verschärfung auf kantonaler oder kommunaler Ebene aus.

So sprachen sich die DJZ beispielsweise dafür aus, die Anforderungen an die Prüfung der «Grundkenntnisse» in § 9 im Interesse eines raschen, kostengünstigen und rechtsgleichen Verfahrens tief anzusetzen. Zudem kritisierten die DJZ, dass zur Prüfung der Integrationskriterien in § 14 zwingend ein Gespräch mit der Gemeinde vorgesehen ist, zumal sich «Kontakte zur Schweizer Bevölkerung» ohne Weiteres auch mittels Referenzschreiben nachweisen liessen. Des Weiteren wurde kritisiert, dass sich Kriterien wie «Teilhabe an der Gesellschaft» oder «Verantwortung für die Integration von Familienmitgliedern» kaum objektivieren liessen. Letzterem Kriterium steht zudem auch das Verbot der Sippenhaft entgegen.

Die Stellungnahme ist unter www.djz.ch einzusehen.

Sonstiges

Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht

Im Jahr 2019 begannen die DJZ, sich mit den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht und der entsprechenden Praxis des Zwangsmassnahmengerichts auseinander zu setzen. Das Thema wird weiterverfolgt.

Brief an Obergericht bezüglich sexistischer Liederwahl/Kommentare während Übergabe des Anwaltspatents

Anlässlich der Feier zur Übergabe der Anwaltspatente im Herbst 2018 wurde ein sexistisches Lied gespielt, begleitet von einem sexistischen Kommentar. Deswegen gelangten die DJZ in einem Schreiben an Obergerichtspräsident Martin Burger.

Treffen zwischen DJZ-VertreterInnen und Jacqueline Fehr betreffend Änderung des Straf- und Justizvollzugsgesetzes

Im Nachgang der von den DJZ zusammen mit dem Zürcher Anwaltsverband (ZAV) Ende März 2018 eingereichten Stellungnahme zur Änderung des Straf- und Justizvollzugsgesetzes betreffend Rechtsweg bei der Prüfung der Entlassung aus einer stationären Massnahme oder einer Verwahrung fand im März 2019 ein Treffen zwischen DJZ-VertreterInnen und Regierungsrätin Jacqueline Fehr (Direktorin der Justiz und des Innern) statt, welche den vorgeschlagenen Verfahrensablauf der DJZ und des ZAV grundsätzlich begrüsst.

Podiumsdiskussion mit Regierungsrätin Jacqueline Fehr und DJZ-Vorstandsmitglied Thomas Heeb zu den Bedingungen in der Untersuchungshaft

Ebenfalls im März nahm Vorstandsmitglied Thomas Heeb an einer Podiumsdiskussion mit (unter anderen) Regierungsrätin Jacqueline Fehr zum Thema Untersuchungshaft teil, anlässlich welcher auch der «Schlussbericht des Amtes für Justizvollzug: Überprüfung der Möglichkeiten zur Verbesserung der sozialen Kontakte für Untersuchungshäftlinge» diskutiert wurde, zu welchem die DJZ gemeinsam mit dem ZAV und dem Pikett Strafverteidigung eine kritische Vernehmlassung eingereicht hatten. Ergebnis dieses Vernehmlassungsverfahrens war immerhin die Anerkennung gewisser Beschwerderechte der Untersuchungsgefangenen.

Unsere Vernehmlassung und der Schlussbericht können auf www.djz.ch eingesehen werden.

Finanzielle Unterstützung

Beschwerde an den EGMR

Ein fremdsprachiger Analphabet wurde in den Jahren 2014, 2015 und 2016 per Strafbefehl zu Geld- und Freiheitsstrafen wegen rechtswidrigen Aufenthalts verurteilt. Weil dieser die Strafbefehle nicht verstanden hatte, machte er bis vor Bundesgericht unter anderem aufgrund der fehlenden Übersetzung der Strafbefehle eine Verletzung von Art. 6 EMRK geltend. Die Beschwerde wurde dann mit der Begründung abgewiesen, dass der Beschwerdeführer vorab durch den Beizug eines Dolmetschers über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe unterrichtet worden sei und dass er keinen Übersetzungsbedarf bezüglich der Strafbefehle signalisiert hatte.

Gegen dieses Urteil (BGer 6B_517/2018 vom 24.04.2019) wurde eine Beschwerde an den EGMR erhoben, welche die DJZ mit Fr. 3'000.— unterstützten.

Leider wurde die Beschwerde durch ein Dreiergremium für unzulässig erklärt. Dies wohl deshalb, weil die RichterInnen das bis zum Bundesgericht initiierte Revisionsverfahren nicht für eine Neuauslösung der sechsmonatigen Frist vor dem EGMR akzeptiert haben.

Übersetzung BVGer-Urteil

An der Übersetzung des französischen Urteils des Bundesverwaltungsgerichts E-2412/2014 beteiligten sich die DJZ mit Fr. 300.00. In diesem Urteil setzte sich das BVGer mit der Asylunwürdigkeit nach Art. 53 lit. b AsylG auseinander. Demnach werden Flüchtlinge vom Asylstatus ausgeschlossen, wenn sie die innere oder die äussere Sicherheit der Schweiz verletzt haben oder diese gefährden. Gestützt darauf wurde das Asylbegehren eines türkischstämmigen Kurden abgewiesen, mit der Begründung, er sei mutmasslich Mitglied bei einer geheimen, PKK-nahen Organisation.

Vernetzung/Kooperation

Kritische Jurist*innen

Die DJZ arbeiten nach wie vor mit den Kritischen Jurist*innen – einer Gruppe von linken Jus-Studierenden der Uni Zürich – zusammen. Mehr Infos zu den kritischen Jurist*innen findet ihr auf www.facebook.com/kriJurUZH.

Demokratische Juristinnen und Juristen Schweiz (DJS)

Auch im Jahr 2019 fanden vier DJS-Sitzungen statt, an welchen sich jeweils ein Vertreter der DJZ beteiligte. Die Delegiertenversammlung 2019 fand am 22. Juni 2019 in Bern statt.

Jahresessen vom Sozialversicherungs- und Verwaltungsgericht

Die DJZ wurden vom Sozialversicherungsgericht und vom Verwaltungsgericht zu deren Jahresessen eingeladen und es haben jeweils VertreterInnen der DJZ daran teilgenommen. Vom Obergericht wurden die DJZ im Jahr 2019 erstmals seit längerer Zeit nicht eingeladen.

Zürich, im September 2020

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'R. Moos', written in a cursive style.

Für den DJZ-Vorstand

Raphael Moos, Geschäftsführer